

VOSSISCHE ZEITUNG AUSLANDS-AUSGABE VERLAG ULLSTEIN BERLIN ULLSTEINHAUS

Einmal wöchentlich

Nr. 16

Berlin, Sonnabend den 21. Mai 1921

2 Mark

Erfüllung des Ultimatums Der Kampf um Oberschlesien

Alle müssen guten Willen zeigen

Das Kabinett Wirth, das in der Stunde vor der Unterzeichnung des Ultimatums gebildet wurde, setzte sich die programmatische Aufgabe, die augenblicklich eingetretene „Entspannung“ dauernd zu gestalten. Diesem Zweck dienten alle öffentlichen Äußerungen des neuen Reichskanzlers. So erklärt er vor dem Reichsrat:

„Wir wollen aufrichtig unser Ja verwirklichen, ohne jeden Vorbehalt wollen wir die Bedingungen des Ultimatums mit allen unseren Kräften erfüllen. Wir erwarten aber auch, dass die Gegenseite, nachdem sie Zeugnisse unseres guten Willens gesehen hat, diesen guten Willen dann anerkennen wird, und wir erwarten insbesondere, dass in der oberschlesischen Frage ein fair play von allen auf der Gegenseite gespielt wird. Nur wenn die oberschlesische Frage ebenso gelöst wird, wie wir glauben, mit unserem guten Willen die grosse Reparationsfrage lösen zu wollen, nur dann kann überhaupt Europa und mit ihm das deutsche Volk noch gerettet werden.“

Dr. Wirth appellierte „an die Einsicht und Klugheit der Vertreter der Länder“. Es handle sich darum, allmählich unsere Wirtschaft auf unser Ja einzustellen. Das Ja dürfe von keiner Seite sabotiert werden.

Die praktische Arbeit für die Erfüllung des Ultimatums begann alsbald in den beteiligten Reichsämtern. Noch bevor die Entwaffnungsnote des Interalliierten Kontrollausschusses vom 12. Mai eintraf, erteilte das Reichswehrministerium die Befehle über die Abrüstung der Festungen usw. Ebenso wurden die Vorbereitungen für die Massnahmen gesetzgeberischer Natur getroffen, insbesondere zur Ergänzung des Reichswehrgesetzes und zur Durchführung der Exportabgabe.

Zur Leistung der ersten Milliarde Goldmark wurde zunächst eine Anzahlung von 150 Millionen, meist in Devisen, angeboten, der vor Ende Mai eine weitere Zahlung in bar und in deutschen Schatzanweisungen folgen soll. Das Pariser „Petit Journal“ erklärte, die von Deutschland vorgeschlagene Zahlungsweise sei korrekt. Das Kabinett Wirth gebe, indem es die Verfallfrist zuvorkomme, „das erste Mal seit dem Waffenstillstand“ den „Beweis guten Willens“. Als weitere Leistung soll die Lieferung von 25 000 Holzhäusern für die zerstörten Gebiete erfolgen, deren Annahme der Minister Loucheur ausgesprochen hat. Derselbe Minister hatte auch erklärt, dass in Gebieten ohne dichte Bevölkerung die Verwendung deutscher Arbeiter möglich sein werde.

Vor Annahme des Ultimatums waren durch den Führer der Deutschen Volkspartei an massgebende Ententekreise Anfragen über einseitig strittige Punkte gerichtet worden, deren befriedigende Beantwortung — auch bezüglich Oberschlesiens — erst nach der Entscheidung im Reichstag eintraf. Es wurde bekannt, dass England sich auf den Standpunkt gestellt hat, dass sowohl die Rheingrenze wie auch die Besetzung der Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf alsbald in Wegfall kommen müsste. Die französische Regierung widerstrebe allerdings der sofortigen Durchführung dieser Massnahme. England selbst setzte die Exportabgabe, die es durch seine eigene Gesetzgebung auf 50 pCt. normiert hatte, auf höchstens 26 pCt. herab, wobei für Waren des englischen Bedarfs teilweise auf 5 pCt. heruntergegangen werden soll. Annahmen ist, dass die englische Regierung den Anlass zur Aufhebung der fünfzigprozentigen Abgabe, deren schädliche Wirkung von der englischen Handelswelt lebhaft beklagt wurde, gerne ergreift.

Regierungssieg in Italien

Die italienischen Wahlen haben der Regierung eine beträchtliche Verstärkung ihrer Anhängerschaft gebracht. Zum ersten Male wurde das Verhältniswahlssystem angewandt. Die Spaltung der Linksradikalen bewirkte, dass ihre getrennten Listen weniger Mandate erhielten, als ihnen sonst zugefallen wären. Die vereinigten Sozialisten hatten bisher 160 Sitze. Jetzt entfielen auf die Sozialisten 100, auf die Kommu-

nisten etwa ein Dutzend Mandate. Der liberale Regierungsblock brachte es auf etwa 280 Sitze. Die Katholische Volkspartei behielt mit etwa 100 Mann ihren alten Besitzstand. Die Rechtsradikalen, die sogenannten Faschisten, die vielfach den kommunistischen Ausschreitungen terroristische Gegenaktionen entgegengestellt haben, brachten es auf etwa 30 Mandate. In Deutsch-Südtirol wurden ausschliesslich deutsche Kandidaten gewählt, vier an der Zahl. In Trient wurden die Nationalisten geschlagen, die Mandate entfielen auf die Katholische Volkspartei und die Sozialisten. Die Wahlbeteiligung war etwas stärker als früher. Sie überschritt 50 v. H. In Deutsch-Südtirol erreichte sie fast 100 v. H.

Der verbotene Anschluss

Der Verfassungsausschuss des deutsch-österreichischen Nationalrats hat kurz vor Pfingsten die Vorlage über die Volksabstimmung für den Anschluss an das Deutsche Reich angenommen. Die Festsetzung eines bestimmten Termins jedoch, an dem die Volksabstimmung für den Anschluss Deutsch-Oesterreichs durchgeführt werde, ist in die Vorlage nicht aufgenommen worden. Die betreffende entscheidende Stelle der Vorlage lautet: „Die Volksabstimmung soll durchgeführt werden an einem von Nationalrat noch zu bestimmenden Tage.“ Dadurch hat das Gesetz eine Fassung erfahren, die ihm jede Spitze gegen den Friedensvertrag nimmt. Das Fortlassen des Termins war angesichts des stetig wachsenden Widerstandes der Entente-mächte gegen den Anschluss unerlässlich geworden.

Aber selbst dieses Offenhalten des Abstimmungstermins hat die Anschlussgegner nicht beruhigt. Gleich nach dem einmütigen mitgeteilten Beschluss des Verfassungsausschusses sind Frankreich, Italien und die Staaten der Kleinen Entente übereingekommen, die österreichische Regierung an die strikte Einhaltung des Artikels 88 des Friedensvertrages von St. Germain zu erinnern. In diesem Artikel hat sich Oesterreich verpflichtet, sich jeder Handlung zu enthalten, welche direkt oder indirekt seine Unabhängigkeit beeinträchtigen könnte, ohne zuvor die Zustimmung des Rates des Völkerbundes erhalten zu haben. Die Entente-mächte sind einmütig der Auffassung, dass diese Zustimmung unumgänglich notwendig ist, bevor Oesterreich eine Abstimmung, wie sie in dem vom Verfassungsausschuss des österreichischen Parlaments genehmigten Gesetzentwurf in Aussicht genommen ist, anberaumen darf. Der „Temps“ fügt hinzu, dass England seinen diesbezüglichen Entschluss noch nicht bekanntgegeben habe; daraus dürfe man aber keineswegs schliessen, dass England sich diesem Schritt nicht anschliessen würde. Die jugoslawische Regierung soll, einer Wiener Meldung zufolge, so weit gegangen sein, offiziell die Drohung auszusprechen, sie werde in Kärnten einmischen, falls die deutsch-österreichische Regierung der Anschlussbewegung in den Ländern nicht Einhalt zu gebieten vermöge.

Korfany's verbrecherisches Abenteuer

Der Gewaltstreich, den der Kommissar der polnischen Regierung für die oberschlesische Abstimmung der früheren Reichstagsabgeordnete Korfanty, am 2. Mai versuchte, war in dem Augenblick gescheitert, wo feststand, dass der Einmarsch in das Ruhrgebiet zunächst unterbleibe und dass Deutschland durch die Annahme des Ultimatums dem Zustand der Vogelfreiheit entging.

Zwischen Paris und Warschau waren offenbar Fäden gesponnen worden, die Frankreich veranlassten, die unhaltbare polnische Position aufs äusserste zu decken. An Ort und Stelle trat das hervor durch das passive Verhalten der französischen Besatzungstruppen und des Präsidenten der Abstimmungskommission, Generals Le Rond, in der Pariser Zentrale durch diplomatische Aktionen und eine Pressepolitik, die unbekümmert um die moralische Verpflichtung, die von der Entente als Treuhänderin des oberschlesischen Abstimmungsgebiets übernommen worden war, den polnischen Gewaltstreich unterstützte.

Die Ablehnung deutscher Hilfskräfte durch den französischen Ministerpräsidenten wurde von Presseäusserungen begleitet, die für den Fall eines Konflikts zwischen Deutschland und Polen die französische Einmischung in Aussicht stellten, was bei dem Militärbündnis zwischen Polen und Frankreich an sich nicht überraschend war, aber in keiner Weise der Tatsache Rechnung trug, dass in Oberschlesien durch den polnischen Angriff der Friedensvertrag von Versailles schwer erschüttert worden war.

Lloyd Georg verlangt „fair play“

Unter diesen Umständen hatte der englische Ministerpräsident leichtes Spiel vor der ganzen Welt, als er in einer grossen Rede im Unterhaus in schärfster Weise den polnischen Friedensbruch verdammt und die Verantwortung der polnischen Regierung betonte. Der Kern seiner Rede war die Herausarbeitung der Alternative: Entweder Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung durch die Entente selbst oder die Erlaubnis an Deutschland, mit eigenen Kräften die Ordnung in ihrer eigenen Provinz wiederherzustellen. Es sei, so erklärte Lloyd George, „fair play“, wenn man den Deutschen gestatten würde, eine Provinz zu verteidigen, die ihnen 20 Jahre gehört habe und die 600 Jahre lang gewiss nicht polnisch gewesen sei.

Diese Rede lief in Frankreich und in Polen zunächst ausserordentliche Entrüstung hervor. Von französischer Seite wurde in bestimmter Form erklärt, dass unter keinen Umständen der Einmarsch deutscher Truppen erfolgen dürfe. Ministerpräsident Briand gab zu verstehen, dass es Sache Englands wäre, durch Entsendung von Truppen ohne Zuhilfenahme von Deutschen die Ordnung wiederherzustellen. In Deutschland wurde die Rede Lloyd Georges, soweit sie die Verpflichtung der Entente aner-

kannie, auch diejenigen Punkte des Friedensvertrages zu erfüllen, die für Deutschland nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte begründeten, dankbar begrüsst. Dagegen zeigte sich eine völlige Einmütigkeit in der Öffentlichkeit darüber, dass die Entsendung deutscher Truppen nicht ohne bindende Verpflichtungen der Entente erfolgen könne und dass es zunächst Aufgabe der drei Besatzungsmächte sei, aus eigener Kraft den Rechtszustand wiederherzustellen.

Diese kluge Zurückhaltung der deutschen Öffentlichkeit, die in krassem Gegensatz zu dem hysterischen Strassenlärm Warschau stand, verfehlte nicht ihre Wirkung. Der Druck auf die polnische Regierung, der bereits durch die scharfe Entente-note (siehe letzte Nummer der „Voss“) eingeleitet wurde, erfuhr eine wesentliche Verstärkung, insbesondere auch von französischer Seite, nachdem man in Paris erkannt hatte, dass nur so eine ernsteste Gefahr abgewendet werden konnte. Die polnische Regierung setzte zwar nach aussen ihr zweideutiges Spiel fort und erklärte nach wie vor, sie sei für Korfantys Taten nicht verantwortlich. Hinter den Kulissen aber gab sie Korfanty zu verstehen, dass die Zeit zum Abbau des Unternehmens gekommen sei.

Verspielt

Inzwischen war dem Diktator Oberschlesiens selbst vor seiner Gottfälligkeit bange geworden. Sein Heer, das bunt zusammengewürfelt war aus regulären polnischen Truppen und Freischärlern, verwandelte sich nach vierzehntägiger Kriegsspielerlei in einen zuchtlosen Haufen, dessen Stimmung wesentlich sank, als sich herausstellte, dass die in Aussicht gestellte hohe Löhnung entweder gar nicht oder mit wertlosen Gutscheinen bezahlt werden sollte. Die schwere Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens machte sich immer verhängnisvoller geltend und brachte zusammen mit der wahllosen Bewaffnung zweifelhafter Elemente, die Gefahr anarchistischer und bolschewistischer Zerrüttung. Auf der anderen Seite blieb zwar die Interalliierte Abstimmungskommission, gelähmt durch ihre innere Zersetzung, im wesentlichen passiv, wenn auch die Meldung, die von polnischer Seite in die Welt geschickt wurde, sie habe mit Korfanty ein Abkommen über eine „Demarkationslinie“ getroffen, ebenso erlogen war wie das meiste, was sonst aus Sosnowice, Posen oder Warschau gefunkt wurde. Dafür aber organisierte sich in immer stärkerer Mass die Selbsthilfe der vergewaltigten deutschen Mehrheit, der sich auch zahlreiche italienische und englische Offiziere zur Verfügung stellten. Während Korfantys Truppen sich durch Desertionen ständig verminderten, zeigte sich an der Linie, an der der Vormarsch der Insurgenten halt gemacht hatte, die wachsende Kraft der deutschen Notwehrorganisation.

Unter diesen Umständen versuchte Korfanty, seinem verbrecherischen Abenteuer einen möglichst günstigen Abschluss zu geben, indem er eine Art Abkommen vorschlug: einen Rückzug seiner Banden, gedeckt durch alliierte Truppen mit dem Vorbehalt, sich in dem wichtigsten Teil Oberschlesiens unter irgendwelchen Vorwänden festzusetzen.

Dieses Angebot, das Korfanty mit einem theatralischen Auftrif im Stile d'Annunzios verknüpfte, war von vornherein für die Abstimmungskommission unannehmbar. Denn der Rückzug, den Korfanty anbot, war etwas ganz anderes als die glatte Kapitulation, die allein der Lage entsprach.

Das Gewicht der Argumente, die für das Verbleiben des ungeteilten Oberschlesien bei Deutschland ohnedies sprechen, ist durch die Gewaltpolitik Korfantys, die durch die gesamte polnische Öffentlichkeit leidenschaftlich unterstützt wurde, noch vermehrt worden. Ein Land gemischter Kultur, das in die Hand solcher unzurechnungsfähiger und unverantwortlicher Nationalisten fällt, ist dem Ruin ausgeliefert. Innerhalb der Entente scheint noch eine Meinungsverschiedenheit über den Zeitpunkt der Entscheidung, die der Oberste Rat fällen soll, zu herrschen. Das Interesse Europas erfordert die schleunigste Entscheidung.

Diese Ausgabe enthält:

Politischer Teil:

Der Polenaufstand von Georg Bernhard / Sachsen arbeitet von W. H. Edwards / Tatsachen und Vorgänge

Technischer Teil:

Arbeit und Kleidung / 200 000fache Wertsteigerung durch Arbeit / Die Breslauer technische Messe / Gold im Fichtelgebirge / Ein neuer Schlagwerkprüfer / Der selbststeuernde Kompass

Export-Teil:

Die englische Schutzliste von Erwin Steiniger / Messen und Ausstellungen 1921 / Wiederherstellung des Welthandels / Schweden als Goldmarkt

Kunst und Wissenschaft:

Die Münchener Oper von Gustaf Kauder / Der neue Student / Ein Alpenrat / Neue Schwabenlieder / Veredelte Töpferkunst von Max Osborn / Die Stadt am Pregel von Philipp Voderath / Optische Symphonie

16 Seiten — 10 Bilder

Nächste Ausgabe:

Hygiene in Uebersee